

Gesamtwirtschaftliche Strukturen und Entwicklungen im Bundesländervergleich

Betrachtungen zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in drei Folgen 3. Folge: Einkommen und Löhne

Dr. Frank Thalheimer



Dipl.-Ing. agr. Dr. Frank Thalheimer ist Referent im Referat „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Über wie viel Einkommen verfügen die privaten Haushalte in Deutschland? Wie hoch sind die regionalen Einkommensdisparitäten? Kommt es bei den Löhnen und Gehältern zur Angleichung der neuen an die alten Bundesländer? In welchem Bundesland und in welchen Wirtschaftsbereichen wird am meisten verdient? Wie groß ist der Lohnabstand zwischen der Spitzen- und Schlussgruppe? Wie stark greift der Staat in die Einkommensumverteilung ein? Gesamtwirtschaftliche Fragestellungen wie diese lassen sich mit den Ergebnissen der regionalen VGR beantworten.

Neben der sogenannten Entstehungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), in der die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft bzw. das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus dem Blickwinkel der Produzenten als Summe der Bruttowertschöpfung (BWS) einzelner Wirtschaftsbereiche ermittelt wird, lässt sich das BIP auch von der Einkommenseite her darstellen. Die sogenannte Verteilungs-

rechnung geht dabei nicht von den Gütertransaktionen aus, sondern knüpft an den verschiedenen Einkommensarten an.

Vom Bruttolohn zum Verfügbaren Einkommen

Zentrale Größen der Verteilungsrechnung sind das Primäreinkommen der privaten Haushalte, welches sämtliche Einkünfte aus Erwerbstätigkeit und Vermögen vor Steuern und Sozialabgaben berücksichtigt, sowie das Verfügbare Einkommen, in dem zudem die Maßnahmen der Umverteilung enthalten sind. In weit überwiegendem Umfang sind dies empfangene monetäre Sozialleistungen, unter anderem der Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie der Sozialhilfe, aber auch die geleisteten Transfers der privaten Haushalte, insbesondere direkte Steuern (*i-Punkt*). Das Verfügbare Einkommen stellt damit einen besonders aussagefähigen Indikator für den „monetären Wohlstand“ der Bevölkerung dar und ist als der Betrag zu verstehen, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen letztendlich für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht.

Größter Bestandteil der Primäreinkommen privater Haushalte ist das sogenannte Arbeitnehmerentgelt, die sich im Produktionsprozess ergebende Entlohnung der Arbeit. Es setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Das Arbeitnehmerentgelt (ANE) stellt somit nicht nur eine Einkommensgröße dar, sondern ist auch ein wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kostenfaktor. Die Entwicklung und Höhe der Lohnkosten – das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer – ist insbesondere im regionalen Vergleich von großem Interesse und wesentliche Grundlage politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen, wie zum Beispiel der Standortwahl von Unternehmungen.

Höchster Verdienst in Hamburg und Hessen

In Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg wurden 2006 die höchsten Durchschnittslöhne und -gehälter gezahlt. In der Hansestadt lag

T Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland) und Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner nach Bundesländern

Land	Verfügbares Einkommen je Einwohner ...	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer ...
	... in jeweiligen Preisen und EUR	
	2005	2006 (Sortierung)
Hamburg	22 908	30 710
Hessen	18 658	29 572
Baden-Württemberg	19 261	28 889
Bayern	18 775	27 995
Nordrhein-Westfalen	18 724	27 138
Bremen	19 933	27 103
Deutschland	17 702	26 657
Berlin	14 797	26 275
Saarland	17 138	26 163
Rheinland-Pfalz	17 101	25 912
Niedersachsen	17 105	25 702
Schleswig-Holstein	16 920	24 619
Brandenburg	14 634	21 856
Sachsen	14 599	21 541
Thüringen	14 152	21 170
Sachsen-Anhalt	14 005	21 114
Mecklenburg-Vorpommern	13 953	20 645

der durchschnittliche Jahresbruttoverdienst im Jahr 2006 bei über 30 700 Euro je Arbeitnehmer, mehr als 4 000 Euro oder 15 % über dem Bundesdurchschnitt in Höhe von knapp 26 700 Euro. Mit rund 29 600 bzw. 28 900 Euro folgten die jahresdurchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter in Hessen und Baden-Württemberg auf den Rängen zwei und drei, rund 11 % bzw. 8 % höher als der Bundeswert (*Tabelle*).

Demgegenüber befanden sich die ostdeutschen Arbeitnehmer mit durchschnittlichen Jahresverdiensten um rund 21 300 Euro am unteren Ende der Lohnskala. Das Verdienstniveau im Osten blieb damit auch 2006 noch deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet (jeweils ohne Berlin). Die neuen Länder erreichten vergangenes Jahr einen Angleichungsstand der Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter an das Westlohniveau (27 615 Euro) von knapp 78 % und an den Bundesdurchschnitt von rund 80 %. Die geringsten Löhne und Gehälter mit lediglich 20 600 Euro je Arbeitnehmer wurden 2006 in Mecklenburg-Vorpommern gezahlt, fast 10 100 Euro weniger als in Hamburg. Im Durchschnitt stiegen die jährlichen Bruttolöhne und -gehälter in Deutschland 2006 um 0,7 % oder knapp 200 Euro gegenüber dem Vorjahr. Den kräftigsten Anstieg mit einem Plus von 1,7 % gab es für die niedersächsischen Arbeitnehmer, während die Verdienste in Berlin auf Vorjahresniveau stagnierten.

Die Industrie zahlt am besten – bei geringstem Angleichungsstand Ost/West

Die deutlichen Differenzen in der Höhe der 2006 jahresdurchschnittlich gezahlten Bruttolöhne und -gehälter zwischen den Bundesländern und insbesondere noch zwischen den Ländern im früheren Bundesgebiet und den Ostländern erklären sich großteils aus den regionalen Unterschieden der Wirtschaftsstruktur und den zum Teil erheblichen Lohnspannen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Nach wie vor zahlt in Deutschland vor allem die Industrie mit am besten. So wurden im Jahr 2006 die mit Abstand höchsten Durchschnittslöhne im Verarbeitenden Gewerbe (36 000 Euro) bzw. im Produzierenden Gewerbe insgesamt (ohne Baugewerbe) gezahlt. Mit durchschnittlich gut 36 300 Euro je Arbeitnehmer lagen die Jahresverdienste im Produzierenden Gewerbe annähernd 9 700 Euro höher als im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche und gut 14 500 Euro über dem Lohnniveau im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (21 800 Euro). Im Baugewerbe und bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern



Vom Arbeitnehmerentgelt zum Verfügbaren Einkommen

Das von den Arbeitgebern geleistete **Arbeitnehmerentgelt** (Lohnkosten) umfasst die *Bruttolöhne und -gehälter* sowie die Arbeitgeberbeiträge zur Sozial- und Lebensversicherung und an Pensionskassen, in der Summe also sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den innerhalb eines Wirtschaftsgebietes beschäftigten Arbeitnehmern aus ihren Arbeits- oder Dienstverhältnissen zugeflossen sind.

Die **Bruttolöhne und -gehälter** (Verdienste) enthalten die von den im Inland ansässigen Betrieben und Unternehmen geleisteten Nettolöhne und -gehälter der beschäftigten Arbeitnehmer einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer, Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer sowie Sachleistungen, die den Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

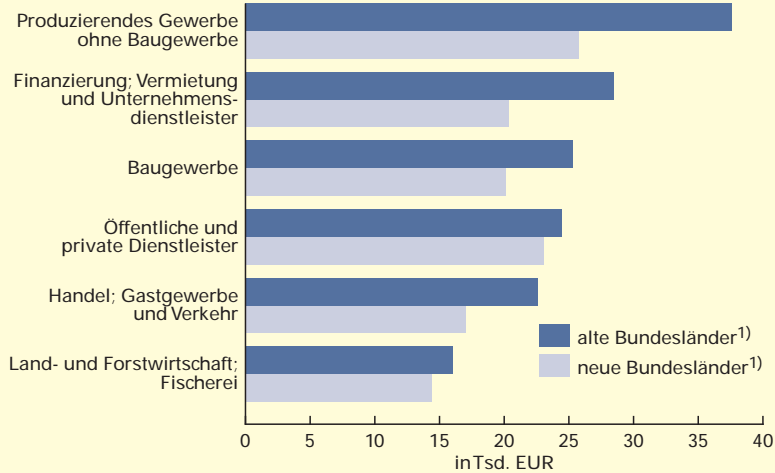
Das **Primäreinkommen** der privaten Haushalte enthält die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den inländischen privaten Haushalten zugeflossen sind. Zu diesen Einkommen gehören im Einzelnen das *Arbeitnehmerentgelt*, die Selbstständigeneinkommen der Einzelunternehmen und Selbstständigen (einschließlich der Vergütung für die mit helfenden Familienangehörigen), der Betriebsüberschuss aus Vermietung, Verpachtung und selbst genutztem Wohneigentum sowie die netto empfangenen Vermögenseinkommen.

Das **Verfügbare Einkommen** der privaten Haushalte ergibt sich dadurch, dass dem *Primäreinkommen* einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen und andererseits Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind, abgezogen werden.

erreichten die Bruttolöhne und -gehälter 2006 mit rund 24 200 Euro im Durchschnitt lediglich rund zwei Drittel des im Produzierenden Gewerbe gezahlten Lohnniveaus (*Schaubild 1*).

S1

Lohnniveau West/Ost nach Wirtschaftsbereichen
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer*) 2006



*) In jeweiligen Preisen. – 1) Ohne Berlin.
Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

1 08

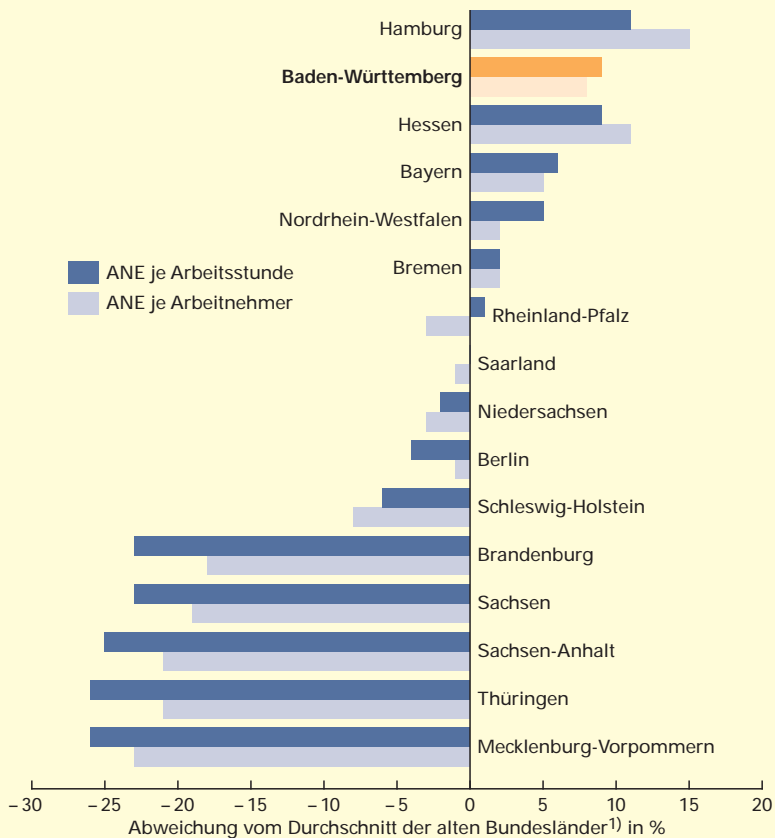
Im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche lag das Lohnniveau Ost 2006 gut ein Fünftel unter den Westlöhnen. Den geringsten Angleichungsstand der Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter an den Bundesdurchschnitt wies dabei das in den neuen Ländern vor allem durch kleinere und mittelgroße Betriebe und Industrieunternehmen geprägte Verarbeitende Gewerbe aus: Hier wurden 2006 jährlich rund 25 000 Euro je Arbeitnehmer gezahlt, lediglich gut zwei Drittel des Westniveaus bzw. pro Kopf über 12 300 Euro weniger. Im öffentlichen Dienst und den sonstigen privaten Dienstleistern bestehen demgegenüber kaum noch Unterschiede im Lohn- und Gehaltsniveau zwischen Ost und West. Hier haben sich die Ostverdienste 2006 mit gut 23 100 Euro je Beschäftigten bis auf lediglich noch etwa 5 % Differenz zum Westen angeglichen.

**Standort Ost weiterhin vorteilhaft
– Lohnkosten gut ein Viertel geringer**

Die der deutschen Wirtschaft im Jahr 2006 insgesamt entstandenen Lohnkosten – das sogenannte Arbeitnehmerentgelt, also die Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern einschließlich den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber – beliefen sich auf einen Gesamtwert von gut 1 146 Mrd. Euro und haben sich damit im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,4 % erhöht. Bezogen auf die Zahl der insgesamt beschäftigten Arbeitnehmer (34,7 Mill.) ergaben sich demnach im vergangenen Jahr durchschnittliche Lohnkosten in Deutschland in Höhe von rund 33 000 Euro pro Kopf. Demgegenüber lagen die Lohnkosten im Durchschnitt der fünf neuen Länder 2006 bei lediglich rund 26 400 Euro je Arbeitnehmer und waren damit rund ein Fünftel niedriger als der Bundeswert. Aus Sicht der Wirtschaft ist der Standort Ost diesbezüglich unverändert vorteilhaft.

S2

Lohnkostenvergleich West/Ost
Arbeitnehmerentgelt*) (ANE) je Arbeitsstunde bzw. je Arbeitnehmer 2006



*) Arbeitnehmerentgelt (ANE) je Arbeitsstunde 2005. – 1) Ohne Berlin.
Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

2 08

Der Lohnkostenvorteil der Ostwirtschaft gegenüber dem Westen ist in den vergangenen Jahren allerdings deutlich geschrumpft, wenngleich sich die Annäherung des Lohnkostenniveaus Ost/West auch seit Mitte der 90er-Jahre erheblich verlangsamt hat. Wurde 1991 nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern noch nicht einmal die Hälfte des Westlohnlevels gezahlt, verringerte sich der Lohnabstand bis 1995 auf etwa ein Viertel des in den alten Ländern (jeweils ohne Berlin) gezahlten Durchschnittsentgeltes. Seit Ende der 90er-Jahre scheint der Angleichungsprozess jedoch zu stagnieren, denn die Lohnkostendifferenz der neuen Länder hat sich in etwa bei gut einem Fünftel zu den Durchschnittswerten des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer im Westen eingependelt.

Effektiv, bezogen auf die geleisteten Arbeitsstunden der Arbeitnehmer, zeichnet sich jedoch ein noch deutlich höherer Lohnkostenvorteil des Standorts Ost ab (*Schaubild 2*). Aufgrund der in den fünf neuen Ländern im Vergleich zu den Ländern im früheren Bundesgebiet höheren Anzahl an geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer – im Jahr 2005 mit durchschnittlich insgesamt rund 1 440 geleisteten Arbeitsstunden eine etwa um 100 Stunden bzw. gut 7 % längere Arbeitszeit – verringern sich die auf die effektiv geleisteten Arbeitsstunden bezogenen Lohnkosten entsprechend.

Die Arbeitskosten in Ostdeutschland betragen im Jahr 2005 durchschnittlich rund 18,30 Euro je Arbeitnehmerstunde und lagen damit rund ein Viertel unter dem Bundesdurchschnitt bzw. waren um fast 28 % niedriger als in Westdeutschland (ohne Berlin) mit rund 25,30 Euro. Gegenüber dem Jahr 2000 ist der westdeutsche Kostennachteil aufgrund der geringeren Kostendynamik um gut 2 Prozentpunkte kleiner geworden. Im Zeitraum 2000 bis 2005 stiegen die Lohnkosten je Arbeitnehmerstunde in den neuen Ländern um fast 10 % im Vergleich zu lediglich rund 6 % Plus im früheren Bundesgebiet. Das ist allerdings auch darauf zurückzuführen ist, dass in den fünf neuen Ländern 2005 im Durchschnitt je Arbeitnehmer gut 4 % weniger Arbeitsstunden geleistet wurden als im Jahr 2000, im Durchschnitt der alten Bundesländer waren es nur 1,5 % weniger.

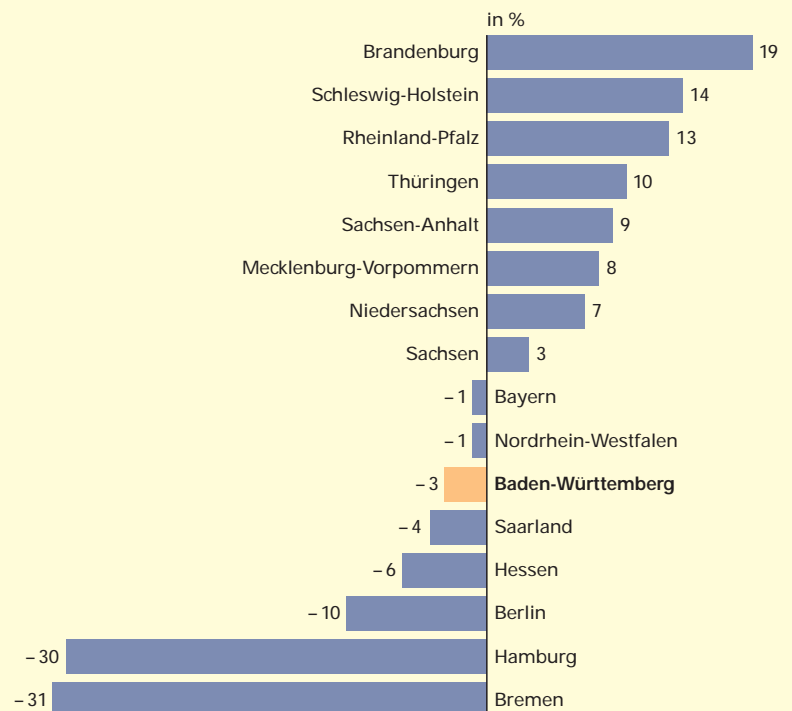
Per saldo gut 34 Mrd. Euro Einkommenstransfer durch Pendler

Wie ein Vergleich des auf die Einwohnerzahl (am Wohnort) bezogenen Bruttoinlandsprodukts mit dem BIP je Erwerbstätigen (am Arbeitsort) zeigt, weisen vor allem die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie Hessen und die süddeutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern unter anderem auch durch ihren hohen Einpendlerüberschuss eine vergleichsweise hohe regionale Wirtschaftsleistung auf. Umgekehrt fließt ein Teil der hier – durch die Berufseinpender – erwirtschafteten Einkommen bzw. des empfangenen Arbeitnehmerentgelts in die Wohnortregionen der Pendler ab, also zum Teil in andere Bundesländer oder auch in das Ausland.

Das insgesamt empfangene Arbeitnehmerentgelt der beschäftigten Arbeitnehmer wird regional sowohl für den Arbeitsort als auch für den Wohnort nachgewiesen. Die gesamtwirtschaftliche Betrachtung wechselt dabei von der Produktions- und Kostenseite (Arbeitsortprinzip) zur Frage, was den Arbeitnehmern unabhängig

S3

Einkommenverlagerungen durch Pendler (Arbeitnehmerentgeltdifferenz*) zwischen Wohnort und Arbeitsort 2005



*) Bezogen auf das empfangene Arbeitnehmerentgelt am Wohnort (Plus) bzw. am Arbeitsort (Minus).
Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

3 08

von ihrem Arbeitsort an Einkommen aus ihren Arbeits- bzw. Dienstverhältnissen zufließt (Wohnortprinzip). Für eine bestimmte Region ergibt sich der Unterschied zwischen beiden Größen aus den Pendlerströmen, also den Arbeitnehmern, die nicht an ihrem Wohnort arbeiten. Das Arbeitnehmerentgelt ist somit Schnittstelle der Entstehungs- und Verteilungsrechnung der VGR.

Per saldo den höchsten Einkommensabfluss zeigen demnach unter den Flächenländern Hessen, das Saarland sowie Baden-Württemberg (*Schaubild 3*). Während die in Hessen insgesamt beschäftigten Arbeitnehmer im Jahr 2005 ein Arbeitnehmerentgelt in Höhe von knapp 97,5 Mrd. Euro empfangen, bezogen die hier wohnhaften Arbeitnehmer nur rund 91,7 Mrd. Euro, das heißt gut 5,8 Mrd. Euro oder 6,0 % sind abgeflossen. Aus Baden-Württemberg flossen 2005 rund 5,2 Mrd. Euro (3,0 %) ab und aus dem Saarland rund 600 Mill. Euro (4,1 %), ein Gutteil davon wohl auch in das Nachbarland Frankreich. Mit Abstand die höchsten „Einkommensverluste“ durch die Berufseinpender wiesen jedoch die Stadtstaaten auf: In Bremen und Hamburg flossen mit über 14,3 Mrd. Euro jeweils etwa 30 % des insgesamt gezahlten Arbeitnehmerentgelts in das Umland ab. In Berlin waren es mit 4,4 Mrd. Euro über 10 %.

„Gewinner“ der Pendlereinkommenssalden, das heißt Länder mit einem Einkommenszufluss, waren demgegenüber insbesondere die neuen Bundesländer, allen voran Brandenburg mit gut 5,6 Mrd. Euro Plus bzw. über 19 % des dort empfangenen Arbeitnehmerentgelts. Insgesamt flossen so per saldo durch die Pendlerströme 2005 gut 13,5 Mrd. Euro in die fünf neuen Bundesländer. Aber auch einige Länder im früheren Bundesgebiet wie Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen konnten 2005 einen „Zugewinn“ verbuchen.

**Vermögenseinkommen nehmen zu
– Arbeitseinkommen gehen zurück**

Die Haupteinkommensquelle der privaten Haushalte in Deutschland stellen nach wie vor die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, bzw. das aus den beruflichen Arbeits- oder Dienstverhältnissen empfangene Arbeitnehmerentgelt dar. Mit insgesamt knapp 1 130 Mrd. Euro hatte es 2005 in Deutschland einen Anteil am sogenannten Primäreinkommen der privaten Haushalte von gut zwei Drittel (68,4 %). Aller-

dings hat sich die Bedeutung des Arbeitseinkommens in den vergangenen Jahren aufgrund des starken Anstiegs der Einkünfte aus Vermögen merklich verringert. Während das Arbeitnehmerentgelt im Zeitraum 1995 bis 2005 nominal insgesamt um rund 13 % angestiegen ist, verzeichneten dagegen die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in Deutschland einen Zuwachs um 55 %. Der Anteil der Vermögenseinkünfte am Primäreinkommen hat sich damit im Vergleich zu 1995 um fast 5 Prozentpunkte auf annähernd 20 % erhöht. Im Bundesdurchschnitt stammt somit inzwischen rund ein Fünftel des Einkommens privater Haushalte aus Vermögen, im Jahr 2005 insgesamt 325 Mrd. Euro.

Die Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit (einschließlich dem Betriebsüberschuss eigengenutzten Wohneigentums), neben den Arbeits- und Vermögenseinkommen weiterer Einkommensbestandteil privater Haushalte, fielen indessen 2005 mit insgesamt rund 197 Mrd. Euro nominal nur geringfügig höher aus als 1995 (+ 0,6 %). Waren bis Mitte der 90er-Jahre die Einkünfte aus Vermögen bzw. die Selbstständigeneinkünfte mit einem Anteil am Primäreinkommen von jeweils rund einem Siebtel in etwa gleich stark, fielen die Selbstständigeneinkünfte bis 2005 um rund 2 Prozentpunkte auf nur noch etwa ein Achtel (12 %) zurück (*Schaubild 4*).

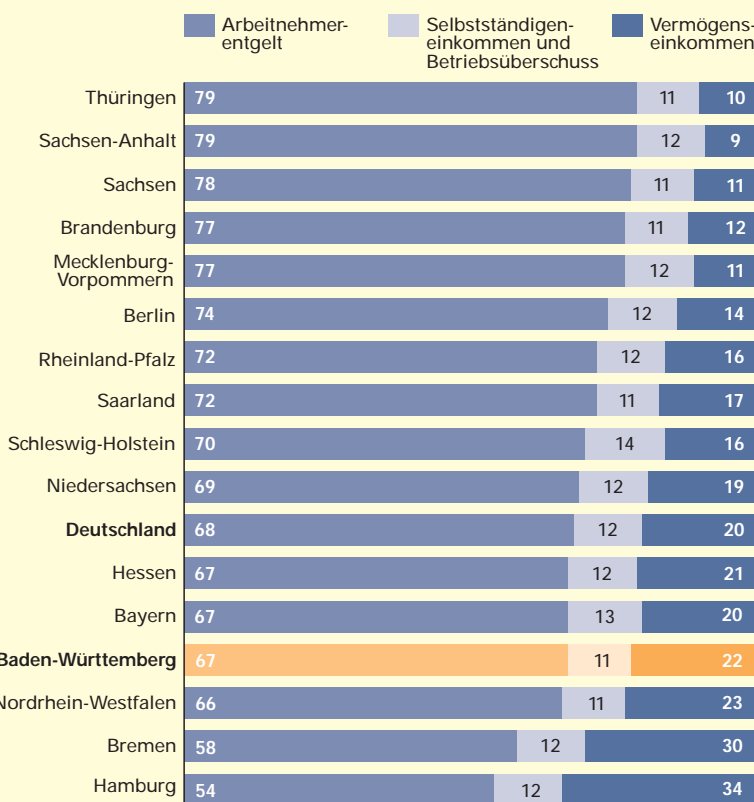
Besonders kräftig verschoben hat sich das Verhältnis aus Arbeits- und Vermögenseinkünften in Hamburg und Hessen. Im Zeitraum 1995 bis 2005 nahm der Anteil des Arbeitseinkommens in der Hansestadt um fast 8 Prozentpunkte und in Hessen um rund 5 Prozentpunkte ab. Im Stadtstaat Hamburg stammt damit nur noch gut die Hälfte des Primäreinkommens aus empfangenem Arbeitnehmerentgelt.

Einkommen der Hanseaten zu einem Drittel aus Vermögen

Hinsichtlich der Einkommensstruktur der privaten Haushalte bestehen regional deutliche Unterschiede innerhalb Deutschlands. Die Einwohner der Hansestädte Hamburg und Bremen beziehen bundesweit die höchsten Anteile ihres Einkommens aus Vermögen: im Jahr 2005 in Hamburg gut ein Drittel gefolgt von Bremen mit knapp über 30 %. Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen schließen sich an mit Einkommensanteilen aus Vermögen von gut einem Fünftel.

Ein deutlicher Unterschied besteht zwischen den alten und neuen Bundesländern. Die privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet

S4 Einkommensstruktur nach Bundesländern
Anteile am Primäreinkommen der privaten Haushalte 2005 in %*)



*) In jeweiligen Preisen.

beziehen einen wesentlich höheren Anteil ihres Einkommens aus Vermögen. Mit insgesamt knapp 298 Mrd. Euro bzw. gut 21 % war der Anteil der Vermögenseinkommen am Primäreinkommen im Durchschnitt der Westländer im Jahr 2005 etwa doppelt so hoch wie im Osten (jeweils ohne Berlin) mit knapp 20 Mrd. Euro bzw. 11 %. In den alten Ländern verlief die Entwicklung der Vermögenseinkommen 2005 gegenüber 1995 mit einem Zuwachs von nominal annähernd 60 % in den letzten Jahren besonders rasant, verglichen mit „lediglich“ rund 31 % Plus in den neuen Ländern. Entsprechend dem zuvor aufgezeigten Bedeutungsrückgang des Arbeitseinkommens in Hamburg ist hier auch die bundesweit höchste Steigerungsrate der Vermögenseinkünfte mit + 83 % von 1995 bis 2005 zu verzeichnen.

Relativ ausgeglichen sind die Anteile des Selbstständigeneinkommens (einschließlich Betriebsüberschuss aus Vermietung) zwischen West und Ost. Im früheren Bundesgebiet bezogen die privaten Haushalte 2005 rund 12 % ihres Einkommens aus selbstständiger Tätigkeit, in den neuen Ländern waren es mit gut 11 % nur etwas weniger.

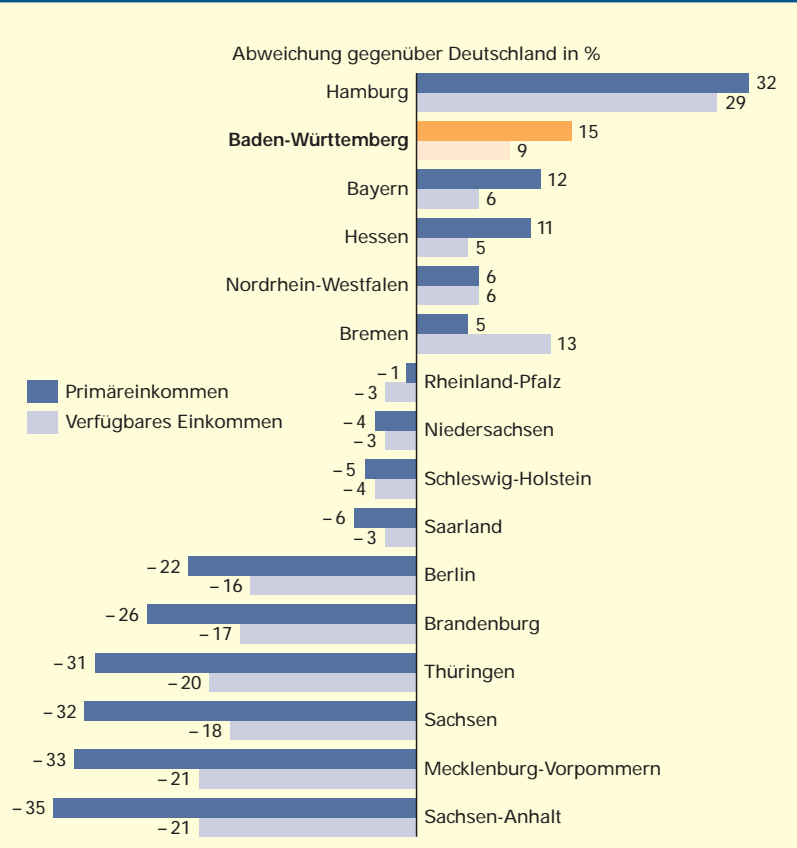
Umverteilung verringert Einkommensdisparität Ost/West

Das aus der Umverteilungsrechnung resultierende Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte dient, wie bereits oben erwähnt, zur Messung des „monetären Wohlstands“ der Bevölkerung eines Wirtschaftsgebietes. Es ist, vereinfacht ausgedrückt, der Teil des Primäreinkommens, der den privaten Haushalten nach der staatlichen Umverteilung durch Steuern und Sozialabgaben sowie Renten, Arbeitslosen- und Sozialhilfe und anderen Transfers zur freien Verwendung verbleibt, das heißt für Konsumzwecke oder zum Sparen. Das Verfügbare Einkommen eignet sich daher besonders für Regionalvergleiche des je Einwohner erzielten Einkommens und für Fragen der Einkommensverteilung.

Nach den Umverteilungsmaßnahmen des Staates (einschließlich der Sozialversicherung) verblieben 2005 in einigen Ländern im früheren Bundesgebiet lediglich noch gut fünf Sechstel des Primäreinkommens der privaten Haushalte als Verfügbares Einkommen. Im Einzelnen waren dies Baden-Württemberg, Bayern und Hessen mit jeweils knapp 84 %. Im Durchschnitt der alten Länder (ohne Berlin) lag das Verfügbare Einkommen 2005 etwa 14 % unter dem Niveau des Primäreinkommens. In der Summe wurde den privaten Haushalten dieser Länder

S5

Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen*) der privaten Haushalte je Einwohner 2005



*) Primäreinkommen bzw. Verfügbares Einkommen in Jeweiligen Preisen.
Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

durch Steuern und Sozialabgaben mehr als einhalbmal so viel an Einkommen entzogen wie ihnen über Sozialtransfers wieder zugeführt wurde. Über die Finanzierung öffentlicher Staatsaufgaben, wie zum Beispiel dem Bildungs- oder Gesundheitswesen fließt ein Teil zwar an die privaten Haushalte dieser Länder zurück, der Großteil kommt jedoch unter anderem über den Länderfinanzausgleich und als Umverteilung innerhalb der Sozialversicherungssysteme anderen Bundesländern zugute.

So zeigen die Ergebnisse der Verteilungsrechnung der regionalen VGR den Umfang der über die Sozialtransfers laufenden Einkommensumverteilung zwischen den West- und Ostländern wie auch zwischen den alten Ländern untereinander.

2005 knapp 24 Mrd. Euro an West-Ost-Sozialtransfers

Im Durchschnitt der fünf neuen Länder überstiegen die von den privaten Haushalten 2005

empfangenen Sozialtransfers die insgesamt geleisteten Steuern und Abgaben, sodass hier die Verfügbaren Einkommen sogar höher ausfielen (+ 4 %) als die Primäreinkommen. Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern kommt es folglich im Rahmen der Solidargemeinschaft zu einer nicht unerheblichen Einkommensumverteilung. Aber auch einige Länder im früheren Bundesgebiet profitieren von den Umverteilungseffekten. Allen voran Bremen, das sich beim Vergleich des Primäreinkommens mit dem Verfügbaren Einkommen je Einwohner 2005 von 105 % des bundesdeutschen Durchschnitts auf knapp 113 % verbessern konnte (*Schaubild 5*). Ebenfalls deutlich günstiger stellt sich die Einkommenssituation nach der Umverteilung von Steuern und Sozialabgaben etc. in Berlin und im Saarland dar sowie in geringerem Umfang noch in Niedersachsen.

Die Umverteilung zwischen den Ländern im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern, bezogen auf die innerhalb der Sozialversicherungsmaßnahmen laufenden Einkommens-transfers, belief sich im Jahr 2005 auf knapp 24 Mrd. Euro. Um diesen Betrag übertrafen die von den privaten Haushalten in den neuen Ländern insgesamt empfangenen Sozialleistungen die Summe der von ihnen geleisteten Sozialbeiträge und Steuern, wohingegen in den alten Ländern (ohne Berlin) 2005 fast 17 Mrd. Euro mehr an Transfers geleistet als empfangen wurden.

Durch die Umverteilungseffekte kommt es zu einer deutlichen regionalen Angleichung der Einkommensdisparitäten insbesondere zwischen den neuen und alten Bundesländern. Erreichten die fünf neuen Länder beim Primäreinkommen je Einwohner 2005 lediglich etwa knapp zwei Drittel (64,1 %) des Westniveaus, näherten sie sich beim verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen doch auf gut drei Viertel (77,3 %) an die alten Bundesländer an.

Ost-Einkommen rund ein Viertel unter Westniveau

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland erreichte 2005 insgesamt knapp 1 460 Mrd. Euro, nominal 1,7 % mehr als ein Jahr zuvor. Real bzw. preisbereinigt

ergab sich angesichts der im Jahresdurchschnitt 2005 um 2,0 % gestiegenen Verbraucherpreise dagegen ein leichter Einkommensrückgang.

Regional bestehen beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Einkommensentwicklung. Während den Privathaushalten in den alten Bundesländern mit dem überdurchschnittlichen Anstieg ihrer Verfügbaren Einkommen um insgesamt nominal + 2,1 % im Jahr 2005 sogar ein geringer „realer“ Einkommenszuwachs verblieb, hatten die Einwohner der fünf neuen Länder dagegen bereits beim nominalen Verfügbaren Einkommen einen Rückgang um 0,7 % zu beklagen. Rechnet man den bundesdurchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg mit ein, hatten die Privathaushalte im Osten 2005 fast 3 % weniger Einkommen für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung als ein Jahr zuvor. Der Osten scheint von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt. Im Durchschnitt der alten Bundesländer (ohne Berlin) ist das Verfügbare Einkommen im Zeitraum 2000 bis 2005 nominal insgesamt um fast 12 % angestiegen, während in den fünf neuen Ländern lediglich weniger als 4 % Plus zu verzeichnen waren. Den Spitzenplatz im Länderranking der Einkommensentwicklung nimmt Hamburg ein, mit über 21 % Gesamtzuwachs seit dem Jahr 2000.

Umgerechnet auf jeden Einwohner Deutschlands belief sich das pro Kopf Verfügbare Einkommen 2005 auf durchschnittlich 17 700 Euro. Im Ranking aller Bundesländer lagen die Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit gut 22 900 Euro bzw. 19 900 Euro Verfügbarem Einkommen je Einwohner auf den Plätzen 1 und 2, dicht gefolgt von Baden-Württemberg mit rund 19 300 Euro auf dem dritten Platz (*Tabelle*). Die Bevölkerung in diesen drei Ländern verfügt damit um ein knapp 9 % bis zu 29 % höheres Pro-Kopf-Einkommen als im Bundesdurchschnitt. Am Ende der Einkommensskala lagen die fünf neuen Länder. Mit einem durchschnittlich Verfügbaren Einkommen von rund 14 300 Euro je Einwohner lagen sie 2005 annähernd ein Fünftel unter dem gesamtdeutschen Wert bzw. fast 23 % unter dem Einkommensniveau der Westländer ohne Berlin. ■

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Frank Thalheimer, Telefon 0711/641-26 50,
Frank.Thalheimer@stala.bwl.de

kurz zitiert ...

Werner Hansch, deutscher Fussballreporter:
Ja, Statistiken. Aber welche Statistik stimmt schon? Nach der Statistik ist jeder vierte Mensch ein Chinese, aber hier spielt gar kein Chinese mit. ■